

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/199

Bonn, den 15. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Chruschtschow ... 44

Das große Rätselraten hebt an

2 Vorwahlzeichen 37

Zur ersten Lesung des Bundeshaushalts

3 Ist die Selbstverwaltung bedroht ? 46

Der Bundesfinanzminister
will nach der Knappschafft greifen !
Von Hans Hörmann, MdB

4 - 5 KONSERVATIVE WELLE ODER REAKTIONÄRE GEFAHR ? 98

Bedenkliche Entwicklungslinien
der amerikanischen Innenpolitik
Von unserem Korrespondenten in den USA

+ + +

Chruschtschow ...

Das große Rätselraten hebt an

sp - Die Tatsache, daß fast alle Zeitungen in der Welt die Ablösung Chruschtschows als Sensationsmeldung - zum Teil sogar in Extrablättern - veröffentlicht und diese Meldung mit einem umfangreichen Kommentarmaterial versehen haben, zeigt deutlich genug, wie sehr dieser Mann in den letzten Jahren das Denken von Millionen Menschen beeinflußt hat. Mit dem Namen Chruschtschow verknüpfen sich alle politischen Überlegungen seit dem Sturz Stalins, seit dem immer sichtbarer werdenden Konflikt zwischen Moskau und Peking, seit der Tendenz zahlreicher kommunistischer Parteien und kommunistisch regierter Staaten, eine größere Selbständigkeit zu erlangen und nicht zuletzt seit dem großen politischen Wechselspiel, das sich aus Kennedys Forderung nach einer "Strategie des Friedens" und aus der Parole des bisherigen Kremlichefs "Friedliche Koexistenz" ergab.

Jetzt hebt natürlich wieder einmal das große Rätselraten über die zukünftige Politik der Sowjetunion an. Werden die neuen Männer weiterhin auf Chruschtschows Marschroute bleiben, werden sie den Konflikt zwischen Peking und Moskau mildern oder verschärfen und werden sie im innerpolitischen Bereich der Sowjetunion das, was von vielen Seiten "Liberalisierungsprozeß" genannt wurde, fortsetzen oder abstoppen - alle diese Probleme stehen erneut auf der Tagesordnung der Weltpolitik, da das Verhalten der Sowjetunion im innen- und aussenpolitischen Bereich nach wie vor einer der wichtigsten Gradmesser für die politische Standortbestimmung der meisten anderen Staaten der Welt ist.

Natürlich betrifft auch uns Deutsche die richtige Einschätzung der sich nach der Ablösung Chruschtschows ergebenden Situation. Obwohl im Augenblick gewiß niemand sagen kann, wie sich die neuen Männer im Kroml zu Pankow stellen werden - eine Frage, die uns in diesem Zusammenhang besonders interessiert - lassen die Ergebnisse von Moskau bereits jetzt eine Schlußfolgerung zu: Sie zeigen, daß es wenig sinnvoll ist, deutsche Politik für Deutschland auf Spekulationen über die Verhaltensweise des einen oder anderen sowjetischen Führers oder eines seiner Verwandten aufzubauen.

Die deutsche Politik muß - gleichgültig, wer die Macht in der Sowjetunion ausübt - konsequent von einer eigenen Konzeption ausgehen, die im Einvernehmen mit den Verbündeten der Bundesrepublik zu entwickeln ist. Geschieht dies nicht und würde man sich in Vermutungen über die mögliche Haltung einer irgendwie gearteten Regierung der Sowjetunion ergehen und danach deutsche Politik entwickeln, wäre man früher oder später dazu verurteilt, ein Spielball der zahlreichen unterschiedlichen Strömungen im kommunistischen Machtbereich zu sein.

Vorwahlzeichen

Zur ersten Lesung des Bundeshaushalts

sp - Zu einer gründlichen Durchleuchtung des Bundeshaushalts für das Jahr 1965 ist es in der ersten Lesung nicht gekommen. Das wird in der kommenden Woche geschehen. Bei diesen Beratungen werden es die Koalitionsparteien nicht so leicht haben wie bei der ersten Lesung; hier nahmen sie Zuflucht zu allgemeinen, unpräzisen Behauptungen, zu nichts verpflichtenden Feststellungen. Die Regierungssprecher taten so, als ob die Politik der Bundesregierung seit 1949, seit also die Bundesrepublik besteht, zur Debatte stünde. Ein Ablenkungsmanöver, dem freilich der Erfolg versagt blieb. Die erste Lesung des Bundeshaushalts machte es überaus deutlich: es wird einen harten Bundestagswahlkampf geben. Die Koalitionsparteien haben durch den Ausgang der letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen einen Schock erhalten. In diesen Wahlergebnissen fand das allgemeine Unbehagen über die innere Entwicklung in der Bundesrepublik einen eindrucksvollen, die Koalitionsparteien alarmierender Niederschlag. Die seit vielen Monaten sich zeigende innere Unsicherheit der Regierungsparteien, der Streit der Koalitionspartner untereinander, spielte dabei eine Rolle. Wiederholte Einigkeitsbekundungen und gemeinsame Essen, bei denen freilich ein gewichtiger Mann fehlte, blieben in ihrer Wirkung nur auf wenige Tage beschränkt.

Der polemische Ton, den einige Sprecher der Regierungsparteien gegen die Sozialdemokraten anschlugen, verrät das Rezept, mit dem diese Parteien den Bundestagswahlkampf zu führen gedenken. Damit glauben sie ihre eigene Schwäche verdecken zu können. Aber dieses Rezept, so erfolgreich es auch in vergangenen Bundestagswahlkämpfen war, paßt nicht mehr in die heutigen Verhältnisse, es findet keine Resonanz bei den Wählern. Auch die Berufung auf die Leistungen in der Vergangenheit dürfte keine Wunderwirkung erzeugen. Zu viele Probleme von heute verlangen nach Lösungen.

Die Regierungsparteien wollen nun einiges im letzten Jahr der vierten Legislaturperiode nachholen, sie bekunden nun einen Eifer, den sie in den letzten Jahren vermissen ließen. Doch die Furcht vor den kommenden Bundestagswahlen ist ein schlechter Ratgeber, sie treibt zu unüberlegten, nicht durchdachten Entschlüssen.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik liegt die Schwäche des Kabinetts Erhard; sie ist seine Achillesferse. Sie wird noch deutlicher werden bei den sachlichen Beratungen zum Bundeshaushalt 1965

Ist die Selbstverwaltung bedroht?

Der Bundesfinanzminister will nach der Knappschaft greifen!

Von Hans Hörmann, MdB

Am Dienstag, dem 13. Oktober 1964, wurde im Bundestag von Bundesfinanzminister Dählgrün der Haushaltsplan 1965 eingebracht. Bei seiner Rede brachte der Bundesfinanzminister das Problem der Finanzierung der knappschaftlichen Rentenversicherung und der Altershilfe für Landwirte zur Sprache. Er sagte wörtlich folgendes:

"Bei der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie bei der Altershilfe für Landwirte bestehen im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen Defizithaftung des Bundes besonders schwerwiegende haushaltswirtschaftliche Probleme. Der Anteil der das Defizit deckenden Bundeszuschüsse an den Gesamteinnahmen ist bei diesen beiden Einrichtungen schon jetzt derart hoch, daß von "Versicherungen" im eigentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann. Noch bedenklicher ist, daß der Bund trotz seiner hohen Leistungen kaum Einwirkungsmöglichkeiten auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung dieser Versicherungsträger besitzt, ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf. Wenn der Bund schon verpflichtet ist, eine Vorsorgeeinrichtung überwiegend und dazu noch in unbegrenzter Höhe zu finanzieren, sollte ihm auch das Recht zugestanden werden, bei Entscheidungen im finanziellen Bereich ein gewichtiges Wort mitzusprechen."

Diese Aussage wurde durch den Beifall der Regierungsparteien unterstrichen und bekräftigt. Das heißt also ganz deutlich: Der Bund will in der Knappschaft und auch bei den landwirtschaftlichen Alterskassen den Ton angeben. Hier wird ein Eingriff in die Selbstverwaltung dieser Versicherungszweige angestrebt. Im Übrigen wird einfach übersehen, daß die hohen Bundeszuschüsse, vor allem wegen der großen Strukturkrisen und -veränderungen des Bergbaus und der Landwirtschaft, notwendig sind. Daß aber solche Strukturveränderungen nicht ohne staatliche Unterstützung verkraftet werden können, ist selbstverständlich. Die staatliche Unterstützung kann sich aber nicht nur auf eine sehr fragwürdige Förderung der Unternehmen, z. B. des Rationalisierungsverbandes im Bergbau, beschränken, sondern muß eben gerade auch den sozialen Sektor besonders berücksichtigen.

Deshalb gleich eine Einschränkung der Selbstverwaltung der knappschaftlichen Rentenversicherung zu verlangen, ist wahrlich erstaunlich. Schließlich ist doch die nichtvorhandene Konzeption einer Energiepolitik der Bundesregierung schuld daran, daß heute im Bergbau bald mehr Rentenbezieher als aktive Arbeitskräfte und Beitragszahler vorhanden sind.

Man muß bei dieser Gelegenheit in Erinnerung zurückrufen, daß in der knappschaftlichen Rentenversicherung die Beiträge, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen aufbringen, mit 23,5% wesentlich höher sind als bei den anderen Versicherungszweigen.

Eine gesunde Bergbauwirtschaft wird auch in der Lage sein, ihre eigene Versicherung besser zu finanzieren. Dann werden sich auch die gesetzlich vorgeschriebenen Zuschüsse des Bundes in Grenzen halten. Ein staatlicher Eingriff in die knappschaftliche Rentenversicherung ist kein Ersatz für Energiepolitik und keine Garantie für eine gesunde Bergbauwirtschaft!

16. Oktober 1964

KONSERVATIVE WELLE ODER REAKTIONÄRE GEFAHR ?

Bedenkliche Entwicklungslinien der amerikanischen Innenpolitik Von unserem Korrespondenten in den USA

Die Zeit wird kommen, und sie mag gar nicht sehr fern sein, da niemand auf der Welt mehr recht wissen wird, wer eigentlich einmal dieser Barry Goldwater aus Arizona war, dessen kometenhaft schneller und kurzer Aufstieg zu einer Gastrolle in der großen Weltpolitik eine Zeitlang alle Welt beschäftigt und fasziniert hatte. Wenn die zahllosen Meinungsfrager und Stimmungsbefrager in Amerika, die auf Grund von Stichproben und ähnlichen Methoden herausfinden, wie das amerikanische Volk sich am 3. November, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, entscheiden wird, nicht vollkommen unrecht behalten, dann wird in der Tat Goldwater als Verlierer aus dieser bitteren und nicht sehr erfreulich abrollenden Wahlsohlacht hervorgehen, und da er auch sein gerade abgelaufenes Senatsmandat automatisch einbüßt, wird er dann in die diskrete Stille des Privatlebens zurückkehren müssen. Aber das besagt noch lange nicht, daß die Perspektive eines möglichen Rechtsrucks in Amerika gebannt und überwunden ist, daß der "status quo" des bisherigen Zweiparteien-Systems wieder hergestellt ist und die augenblicklich so lautstarke äußerste Rechte auf absehbare Zeit mundtot werden muß.

Goldwaters Schwäche

Denn die Tatsache ist, daß die beiden Elemente der äußersten Rechten, die echten Konservativen und die fanatischen Reaktionäre, im Lande stärker sind als ihr Kandidat Goldwater, auf den sie sich geeinigt haben und hinter dem sie stehen. Goldwater ist, als Person und Politiker, ein schwacher Kandidat - trotz seiner attraktiven Jovialität und trotz der ausgezeichneten, ihm treu ergebenen Parteimaschine, die er sich in jahrelanger, mühevoller Kleinarbeit aufgebaut hat -. Er hat nun einmal nicht das staatsmännische Format oder wenigstens das staatsmännische Profil, das Amerikaner gerne in ihren Anwärtern auf das höchste Amt sehen, er hat weder die intellektuelle Reife, noch die hart erarbeitete politische Routine und Erfahrung, die für dieses Amt unerlässlich sind, er wirkt nun einmal als ausgesprochener Dilettant der Politik, der leichtfertig unüberlegte Erklärungen abgibt, sich in billige (und kinderleicht vermeidbare) Widersprüche verstrickt und der an hundertlei Dingen herankritisiert, ohne auch nur den Versuch konkreter Verbesserungsvorschläge zu unternehmen.

Ein solcher Dilettant, der seinen Dilettantismus und seine Ideenlosigkeit nicht ganz mit seiner Treuherzigkeit zudecken kann, mag den engeren Anhang zu Begeisterungsausbrüchen hinreißen - aber die Mehrheit von 75 Millionen Wählern auf seine Seite zu ziehen oder auch nur den alten, festen Stamm der republikanischen Parteifolgschaft bei der Stange zu halten, scheint über seine bescheidenen Kräfte hinauszugehen. Die Konservativen im Lande, die vor einem Dutzend Jahren in Senator Robert Taft einen zwar trockenen und biedermeierisch wirkenden, aber doch sachlich und intellektuell hochqualifizierten Wortführer hatten, werden diesen schwächeren Ersatzmann wohl dann auch bald in der Versenkung verschwinden lassen, auch wenn sie dann noch keinen Nachfolger für ihn bereithalten.

Aber es gibt eben nicht nur die Konservativen - es gibt außerdem daneben, unabhängig von ihnen, die äußerste Rechte, die haßerfüllten Fanatiker, für die unser Wortschatz keine anderen Begriffe kennt, als die

etwas abgeklapperten Ausdrücke "Reaktionär" oder "Faschist", eine äußerste radikale, rabiate Rechte, mit der sich Goldwater keineswegs völlig identifiziert, deren Unterstützung er aber auch nicht zurückweist, und die mehr als einen Vertrauensposten in seinem engeren Mitarbeiter- und Beraterkreis erobern und sogar als "Goldwater-Bevollmächtigte" in die obersten Kommandostellen der Republikanischen Parteizentrale eindringen konnten. Beide, die Konservativen wie die Extremisten, haben letztlich Anhang im Lande gewonnen: bei weitem nicht genug, um ihren Kandidaten zum Siege zu tragen, aber doch genug, um mit seiner Niederlage nicht seifenblasengleich das Leben aushauchen zu müssen. Sie werden weiter bestehen und weiter ein beachtlicher Faktor auf der innenpolitischen Ebene bleiben.

Der Unterschied

Wodurch unterscheiden sich die Konservativen - zu denen respektable und geschätzte Politiker gehören, wie etwa der alte Senator Dirksen, Vorsitzender der republikanischen Senatsfraktion - von den rabiaten Extremisten von ganz rechts? Am deutlichsten wird der Unterschied zwischen beiden Strömungen oder Wellen an ihrem Verhältnis zu den politischen Gegnern klar. Für den Konservativen sind Leute wie Präsident Johnson, sein Amtsvorgänger Kennedy, General Eisenhower und Gouverneur Rockefeller, Oberrichter Earl Warren und Staatssekretär Rusk und viele andere ein- und ausserhalb der Politik, die nicht intelligent oder charakterfest genug sind, um sich gegen die Kommunisten oder andere außenpolitische Gegenspieler von Sukarno bis Nasser durchzusetzen und die auch innenpolitisch Mangel an Härte, Energie, Intelligenz, Klarheit und Kraft zeigen. Für den Hasser von ganz rechts aber sind die Johnson, Eisenhower und Warren schlechthin bewusste Verräter, wesentliche Agenten des Kommunismus, wie es die Publikationen der "John-Birch-Gesellschaft" mehrfach schwarz auf weiß ausgesprochen haben, oder sie sind "Figger-Liebhaber", Verräter an der weißen Rasse, wie es die KuKluxklan-Leute im Süden darstellen. Unwissende Schwächlinge für die einen, zynische Verräter für die anderen: das ist der Unterschied.

Die Druckschriften dieser Hasser und Fanatiker haben letztlich gewaltige Auflagen erlebt, die in die Hunderttausende gehen: Haßbücher gegen Lyndon Johnson, gegen das Oberste Bundesgericht, gegen die (mehrheitlich bürgerlich-liberale) Presse in den großen Städten, gegen Fortschrittsmänner wie Hubert Humphrey und Gewerkschaftsführer Walter Reuther. Die Ursachen sind nicht leicht zu erkennen: offenbar gibt es in der behäbigen, wirtschaftlich gut fundierten "wohlhabenden" amerikanischen Gesellschaft von heute eine unterbewusste Strömung von Unzufriedenheit, von Mißmut über die Behaglichkeit, die sich bei etlichen Leuten in der Akkumulierung von politischem Haß äußert. Die organisierten Hasser sind, trotz ihrer unbestreitbaren zahlenmäßigen Stärkung der letzten Monate, immer noch nur ein paar Zehntausende; aber sobald sie Gelder von kurzfristigen Petroleummillionären bekommen, sobald sie im Rundfunk zu Worte kommen und Komiteesessel in der republikanischen Parteihierarchie erobern konnten: solange sind sie ein ernstzunehmender innenpolitischer Faktor, mit dem man zu rechnen hat.

Konservative Fach- und Berufspolitiker wie Dirksen passen in das amerikanische Zweiparteien-System recht gut hinein; konservative Dilettanten wie Goldwater kommen und gehen; aber die emotionsgeladene Haßfeldzüge der Fanatiker sind eine zwar latente, aber offenbar doch andauernde Gefahr.